

Staats-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Staats-Zeitung“ erscheint an jedem Montag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis (einschließlich Porto) beträgt 2.00 Reichsmark, das Vierteljahresabonnement ohne Postgebühren 4.80 Reichsmark, das Jahr 20.00 Reichsmark u. 30 Pfennige Postgebühr. Einzelheft 10 Pfennige. Abnahme: Jeden Mittwoch. Die Anzeigen werden nach Rubrik-Zellen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark.

Die Zeitschrift, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung“ erscheint, behält ihren Namen „Staats-Zeitung“ bei. Der Preis für die „Allgemeine Zeitung“ beträgt 1.20 Reichsmark. Die „Allgemeine Zeitung“ wird an jedem Montag nachmittags herausgegeben. Der Preis für die „Allgemeine Zeitung“ beträgt 1.20 Reichsmark. Die „Allgemeine Zeitung“ wird an jedem Montag nachmittags herausgegeben.

Neues in Kürze.

Drohmelungen und Radialestrammung



Dr. Dornmüller,

der neue Generaldirektor der Reichsbahn, wurde am 24. Juli 1869 in Elberfeld geboren. Er studierte an der Technischen Hochschule Karlsruhe und trat als Regierungsbaumeister in den Dienst der damaligen Preussischen Staatseisenbahn ein. Als Eisenbahnüberwacher nahm er an den Beratungen über das Damengutachten in London und Paris teil. Am 1. Juli 1925 wurde er stellvertretender Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft.

Die Bischöfe der deutschen Diözesen haben, den Bischofspräsidenten zufolge, eine Kundgebung zu dem Volkenscheid erlassen, in der sie sich gegen die Entzignung der Reichsbahn veräußern.

In der abgelaufenen Woche hat sich die Zahl der Arbeitslosen in Berlin um 3000 erhöht und beträgt jetzt rund 250.000.

Der Reichsausschuss für soziale Angelegenheiten behandelte das Washingtoner Uebereinkommen über die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Rückkunft und die Anträge über Wodenspiegel und Wodenspiegel in der Reichsverversicherungsordnung. Von der Reichsregierung wurde die Erklärung abgegeben, daß die Beratungen mit den Eisenbahnern der Reichsbahn-Gesellschaft abgehandelt werden. Mit dieser Erklärung gaben sich die Redner verschiedener Parteien nicht zufrieden; auf alle Fälle ist beabsichtigt, eine Entschädigung des Reichsausschusses in dieser Angelegenheit nach der Sommerpause herbeizuführen.

Anlässlich des Abschlusses des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Reichsministers a. D. Oeser, sprach der bayerische Ministerpräsident Dr. Held der Widme des Verstorbenen und der Reichsbahn-Gesellschaft, Gruppenverwaltung Bayern, seine herzlichste Anteilnahme aus.

Nach dem Bericht des amerikanischen Einwanderungskommissars für den Monat April beträgt die Gesamtanzahl der Einwanderer nach Deutschland 62.85 an der Spitze.

Wegen der amerikanischen Eisenbahnausfuhrer steht Deutschland in Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung, um diese davon zu überzeugen, daß sie bei ihrer Maßnahme von falschen Voraussetzungen ausgegangen sei.

Der belgische Senat nahm einstimmig alle Finanzangelegenheiten der Regierung an, denen die Kammer bereits zugestimmt hatte.

Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt, wird das Hauptinteresse der am Montag beginnenden Session des Völkerbundsrates dem Antrag auf Abbau der Finanzkontrolle über Österreich und Ungarn zugewendet sein. Was Ungarn anlangt, so ist damit zu rechnen, daß Frankreich und die Tschechoslowakei unter Hinweis auf die Krankheitsfälle Einwendungen gegen die Aufhebung der Kontrolle erheben werden.

Bei dem Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes ist eine Mitteilung vom schwedischen Gewerkschaftsbund eingegangen, daß dieser sich mit einem Beiräte von 800.000 schwedischen Kronen an der Meise beteiligt, die den englischen Gewerkschaften zur Unterstützung der durch den Generalstreik arbeitslos gewordenen englischen Arbeiter durch die Internationalen Gewerkschaften gemeldet werden soll.

Zwei Wahlen.

Linksruß in Mecklenburg + Volksentscheid in Schaumburg-Lippe.

Die mecklenburgischen Landtagswahlen.

Um 1 Uhr nachts lag in Schwerin das Ergebnis der Landtagswahlen aus 1138 von insgesamt 1412 Bezirken vor. Es schiefen also noch 274 Bezirke. Das vorläufige Ergebnis lautet: Deutschnationale 57 382, Sozialdemokraten 101 637, Deutsch-Völkische 23 643, Kommunisten 17 200, Deutsche Volkspartei 21 475, Demokraten 7 930, Gruppe für Volkswohl 7 152, Wirtschaftspartei 1 806, Nationalsozialistische Arbeiterpartei 4 185.

Interessant ist die im Verhältnis zu den Sozialisten außerordentlich niedrige Zahl der Kommunisten, ferner die Bedeutungslosigkeit der Demokraten. Wenn die Demokraten mit den Sozialdemokraten und Kommunisten zusammengehen, ist eine vorläufige Regierung nicht möglich, da dann keine Gruppe eine mittlere Mehrheit hat. Zu den bisher vorliegenden Ergebnissen schreibt die Berliner „Montagspost“, daß die Sozialdemokraten einen großen Sieg errungen hätten, da sie ihre Stimmen nahezu verdoppelt. Auch der „Montag-Morgen“, der die starke Stimmeneinbuße der Völkischen und der Deutschnationalen hervorhebt, spricht von einem Linksruß in Mecklenburg.

Schaumburg-Lippe

lehnt den Anschluß an Preußen ab.

Wie aus Bielefeld gemeldet wird, liegt das endgültige Ergebnis der Abstimmung über die Frage des Anschlusses von Schaumburg-Lippe an Preußen nunmehr vor. Es wurden abgegeben 9558 Stimmen für den Anschluß an Preußen und 11 288 Stimmen gegen den Anschluß an Preußen, 132 Stimmen sind unglücklich. Die Abstimmung ist damit negativ ausgefallen.

Die Abstimmung ist ein klassischer Beweis dafür, wie die Volkenscheiden wohl die englische Interessen- und Parteimiträserei, aber nicht die

Der Kampf um Professor Lessing.

Eine deutschnationale Interpellation. — Ein Studentenerleider. — Eingreifen der Staatsanwaltschaft.

Im Preussischen Landtag ist folgende deutschnationale Anfrage

eingegangen: Die Angelegenheit des Konflikts Hochschule Hannover wächst sich immer mehr zu einem Skandal aus.

Ist der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung bereit, die Ruhe an der Technischen Hochschule Hannover durch Entziehung des Lehrauftrags Lessings wieder herzustellen oder soll die breite Öffentlichkeit und sollen weite Kreise der deutschen Studentenschaft durch immer wieder auftauchende Nachrichten von einem Eingreifen des Ministers in das Disziplinarrecht der örtlichen Hochschule benachrichtigt werden? Soll etwa die Hochschule Hannover geschlossen werden, und dadurch die Ursache von Hannover aus auch auf andere Hochschulen Deutschlands ausgebreitet werden?

Hannover. Am Sonntagabend wurden in der gegen 11 Uhr beginnenden Sitzung von den etwa 200 Studenten, die ihre Ausweisarten abgeben mußten, ein wahllos herausgeriffen und für dauernd relegiert. Die Sitzung fand ihr Ende gegen 1/2 Uhr, wo wieder Befehle erteilt wurden.

Ferner hat die Staatsanwaltschaft Hannover gegen 200 Studenten ein Verbot erlassen wegen Fälschung uvm. eingeleitet.

Demonstrativer Auszug der hannoverschen Studentenschaft nach Braunschweig.

Die braunschweigische Studentenschaft hat an die Studentenschaft der Technischen Hochschule Hannover folgendes Telegramm geschickt:

„Die braunschweigische Studentenschaft stellt sich geschlossen hinter die Studentenschaft Hannover und leitet die Unterstützung in ihrem Kampfe gegen die ungesetzliche Willkür gegen einzelne Kommilitaden.“

Eine Delegation von 24 hannoverschen Studenten wird heute mit dem Vorstand der braunschweigischen Studentenschaft verhandeln. Der Delegation werden sich etwa 1000 Studierende in einem Demonstrationen anschließen, die gegen 1 Uhr an-

beruht- und Staatsflucht liegt. Wenn dieses winzige Ländchen Schaumburg-Lippe noch lebensfähig wäre, d. h. die unerbittlichen Koffen einer eigenen Regierung mit Ministern, Parlament und allen Drum und Dran noch tragen könnte, wäre der Gehalts eines Anführers an Preußen nicht aufgetaucht. Aber es geht einfach nicht mehr, die Koffen und also Steuern sind unaufbringbar. Aber da wird dann im Volkenscheid die Massenleidenschaft aufgesteuert, bis jede vernünftige Ueberlegung aufhört und die Kleinfaaterei liegt. In Wirklichkeit handelt es sich doch nur darum, daß ein Duzende Befehlsträger und Würdenträger nicht von der Bühne abtreten wollen und in dem famosen Volkenscheidverfahren tauschlich erreichen, daß der selbstverleumdende Gehalt: „Die Beamten sind für das Volk da“ umgekehrt wird in den „Das Volk ist für die Beamten da“.

Ein hübsches Beispiel dafür, wie gepart werden kann, sobald man solchen Mißbrauch befehtigt und zur Vernunft und Natur zurückführt, bietet das gerade jetzt veröffentlichte Ergebnis der Reformen in Defeziere. Aus Wien wird darüber gemeldet:

U. a. wurde die Zahl der Ministerien von 10 auf 7, die der Ministeriums-Sektionen von 68 auf 20 (!), die der Abteilungen von 376 auf 127 verringert (!). Die Zahl der Mitglieder des Nationalrates wurde von 183 auf 165 herabgesetzt. Es wird ferner eine lange Reihe von Beamten Bezirken und Ämtern aufgehoben, die aufgelassen wurden, während bei anderen durch Bereinigung vorher getrennter Stellen wesentliche Erparnisse erzielt wurden.

Es ist ja zwar sehr schade um die wunderhübschen Ministeriums-Sektionen und Abteilungen, aber daß Verringerungen von 68 auf 20 und 376 auf 127 überhaupt möglich sind, spricht Bände. Solange man im Reich und in den Ländern nicht ähnliche Dr. Eisenbarth-Kuren durchführt, wird der brave Bürger wohl vergebens auf wirklich erträgliche Steuerermäßigungen warten. Aber will es denn anders haben? Hal. Schaumburg-Lippe.

dem braunschweigischer Hauptbahnhof einsteifen und von der braunschweigischen Studentenschaft geschlossen empfangen wird. Es handelt sich also um einen demokratischen „Auszug“ aus Hannover.

Ergebnis der Betriebsratswahlen bei der Reichsbahn.

Die Betriebsratswahlen bei der Reichsbahn haben folgendes Ergebnis gehabt: Einheitsverband 214 249, Gewerkschaft der Eisenbahner 50 411, Allgemeiner Eisenbahnerverband 23 887 und Inhabereiverein 6050 Stimmen. Der freigelegten Einheitsverband erhielt im Hauptbetriebsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft 19 von 25 Sitzen, die Christliche Eisenbahnerverband (Hilfs-Dunder) 2, der Inhabereiverein keinen Sitz.

Ernennung Geheimrat Werners zum Oberreichsanwalt.

Der Reichspräsident hat den Abteilungsleiter im Reichsjustizministerium, Geh. Regierungsrat Karl Werner, zum Oberreichsanwalt ernannt.

Geheimer Regierungsrat Dr. Karl Werner ist bayerischer Staatsangehöriger und aus dem ellkühn-lothringischen Jüdischheim herorgegangen. 1910 wurde er Geheimer Regierungsrat am Staatsratigen Rat im Reichsjustizministerium. Seit 1923 war ihm die Leitung der Abteilung des Ministeriums übertragen, in der politische Strafsachen und Verfassungsfragen bearbeitet werden.

Die Elternbeiratswahlen in Groß-Berlin.

Unter großer Beteiligung aus allen Lagern haben am Sonntag die Wahlen zu den Elternbeiräten stattgefunden. Bis 10 Uhr lagen aus 329 Bezirken von insgesamt 551 konfessionellen Schulen folgende Ergebnisse vor: Christlich-antipolitische 2822 Sitze, Sozialistische Sitze (Schul-aufbau) 466, Kommunistische Sitze (Kind in Kind) 133. Dazu müssen noch etwa 350 weisse Sitze an den weltlichen Schulen gerechnet werden, so daß also den 2822 Sitzen der Christlich-antipolitischen insgesamt etwa 945 Sitze der Weltlichen gegenüberstehen. Wahlbeteiligung wird auf 55 Prozent geschätzt.

Wer weiß das?

Blüten der Revolution.

Nach der Revolution haben die Arbeiter und Soldatenräte in 3 Monaten mehr als 5 Milliarden Reichsmark verschwendet, veruntreut und geraubt.

Nach der Revolution ist die Marinewerft Wilhelmshaven aus Reichsbesitz in Privatbesitz übergegangen und durch Stundung des Kaufpreises in der Inflationszeit für 2 Goldmark verschleudert worden.

Nach der Revolution bezahlten die Brüder Barmer die Armetfontänenfabrik Hieselsdorf bei Spandau, die mindestens 125 Millionen Reichsmark war, mit gänzlich wertlosen Stroma-Aktien. Der Zusammenbruch des Wertes hat Tausende von Arbeitern brotlos gemacht.

Nach der Revolution sind insgesamt 48 Milliarden deutsches Volkseigentum veruntreut oder Schiebers und Volksparasiten zugeführt worden; auch muß das enorme Volk hohe Pensionen über Parteigänger für rote Würdenträger bezahlen.

Reichsanwalt a. D. Birth	28 000 M.
Philipp Scheidemann	16 500 M.
Oberbürgermeister a. D. Reinert	22 000 M.
Reichsanwalt a. D. Bauer, der	
Barmer-Bürgermeister	18 500 M.
Polizeipräsident Richter, ebenfalls	
Barmerfreund	12 000 M.
Insgesamt für 5 Menschen	95 000 M.

Gämtliche Militärpensionen sämtlicher deutschen Krieger betragen nicht 10 Mill. Und dabei reden diese „Schlichter des Volkswohlstandes“ von Ausparnung des deutschen Volkes durch seine Krieger.

Das muß jeder Deutsche wissen. Dann weiß er auch, wo sein Sparvermögen geblieben ist, und wie? Und er vermag sich zu denken, was nicht auch bei ihrem neuen Raubzug zu 20 Juni!

Generaldirektor Oeser.

Blüten des Parlamentarismus.

Von Gottfried Jarnow-Berlin.

Der loben verdienende Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft ist bis in die letzte Zeit Gegenstand scharfer Angriffe gewesen, Angriffe, die sich keineswegs gegen den demokratischen Politiker, sondern gegen den aristokratischen Wirtschaftsprüfer richteten. Angriffe, nicht aus parteipolitischen Lagern, sondern aus dem Lager aller Wirtschaftsmänner und der Beamtenkreise.

Oeser hat sich als einseitiger Berufsjournalist mit Freizug der demokratischen Presse bedient, um die Angriffe abzumachen und Beschäftigten zu greifen, in denen ohne Erfolg selbst im Lager der eigenen Partei.

Diese Freistellung ist demagogisch zu machen; weil Oeser heute von der demokratischen Presse allgemein und ohne Einschränkung als ein Beispiel der parlamentarischen „Auslese der Tüchtigen“ hingestellt wird. Daß Oeser als Journalist ein hervorragender Vertreter seines Berufes gewesen ist, ist ebenso bekannt wie die Tatsache, daß er als Parlamentarier nicht fonderlich hervorgetreten ist, erst die Revolution hat ihn wie die viele andere als staatsmännliche Einlagenoffen und als Verfasser achtenswerter Artikel nach oben gehoben.

Er hat sich mit großem Geschick gehalten, das Verdienst ihm unbestritten; er hat sich nie exponiert, nie feilscht und dafür hat die Demokratie immer ein dankbares Verständnis gehabt. So ist er preiswürdig und Reichsdirektor geworden und zum höchsten Landesgeschäftsmann der Provinz Sachsen, wie viele andere, mit Beschäftigten zu verlieren, wie viele andere, mit Beschäftigten zu gewinnen.

Am 27. September 1924 wurde er dann Generaldirektor der neu gegründeten Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft. Unleugbar war er einer tiefen, tiefen, tiefen Aufgabe gegenübergestellt worden, nämlich die Verzinsung und Tilgung der Reparationsanleihe in Höhe von 11 Milliarden in Markt zu gewährleisten. Sein durch jahrelange Kampf geschwächter Körper konnte aber nicht erkranken die Arbeit zu tragen; in diesen Oeser glaubte sich unerschütterlich und das ist der deutschen Wirtschaft sehr teuer zu stehen gekommen.

Es ist keine wirtschaftliche Tagung in Deutschland denkbar, die uns nicht bewegliche Fragen über die Verkehrs- und Tarifpolitik der Reichsbahn brachte und die unterhändlerischen Minister und Bestreuer an diesen Verhandlungen der Inhabereiverein, des Handels und der Bauwirtschaft haben sich ebenso unerschütterlich wie die einseitigen Interessengruppen, denen die

